2022 Nr. 1

Editorial

Wenn Gendern in Ministerien wichtiger ist als fachliche Zielerreichung, ist das Desaster programmiert. Abschreckende Beispiele sind das Versagen von Frau Spiegel bei der Flutkatastrophe im Ahrtal und der Beschaffungsskandal von Ursula von der Leyen.

Wir stellen fest, dass Politiker nicht-mehr wie früher üblich, Verantwortung für ihre Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen übernehmen.

Wir haben uns mit diesem Themenheft „Stadt vs. Land: Gleiches Ziel – verschiedene Wege?“ die Aufgabe gestellt, die Stadt-Land-Debatte, die derzeit in der Schweiz mit großer politischer Vehemenz geführt wird, etwas nüchterner und abwägender zu führen.
Vor allem wollten wir auf Schuldzuweisungen verzichten, sondern Lösungsoptionen aufzeigen.

Dr. Wolfgang Allehoff
Landesvorsitzender

Liberale Senioren Baden-Württemberg
LSI AKTUELL
Informationen der Liberalen Senioren Initiative Baden-Württemberg e.V.

Macht Stadtluft noch frei?

Schwerpunkt-Thema:
Stadt-Land-Debatte

In jüngster Zeit wird der Gegensatz von Stadt und Land vermehrt unter politischen und kulturellen Vorzeichen diskutiert. Oft geht es dabei um den vermeintlichen Konflikt zwischen urbanen Eliten und sogenannten Abgehängten: Während die einen von den Sorgen und Nöten der einfachen Landbewohner nichts verstünden, klammerten sich die anderen angeblich an erzkonservative Ideale und sträubten sich gegen jede Veränderung.

"Stadtluft macht frei"
Ein Blick in die Sozialgeschichte zeigt, dass Städte bereits im Mittelalter gerade deshalb eine gewisse Anziehungskraft auf die Landbevölkerung besaßen, weil sie eine Chance boten, festgefügten Regeln des Zusammenlebens zu entkommen, sagt der Historiker Clemens Zimmermann. "Stadtluft macht frei", so lautete schon damals die Devise. Eingelöst habe sich dieses Versprechen für viele Menschen im Zuge von Industrialisierung und Urbanisierung im 19. Jahrhundert.
„Im 19. Jahrhundert kam die Industrie, das ist ein Motor der Urbanisierung. Es ist aber auch die Hoffnung auf ein besseres Leben.

Eine junge Frau in Süddeutschland geht dann beispielsweise nach Mannheim, um dort ein freieres Leben, vielleicht auch einen adäquaten Heiratspartner zu finden und der elterlichen Kontrolle zu entgehen,“ so Zimmermann weiter. Es ist die gleiche Situation wie derzeit in den östlichen Bundesländern. Diejenigen, die wegziehen, sind junge Frauen.

Dieser herbeigeredete Graben sei allerdings kein neues Phänomen, sagt Zimmermann. Schon im 19. Jahrhundert sei der Stadt-Land-Gegensatz aufgrund politischer Interessen "von bestimmten Gruppen betont und in die eigene Propaganda übernommen" worden. Reale Probleme seien dabei von ideologischen Motiven verdeckt worden.

Stadtmensch vs. Landmensch: entweder oder / sowohl als auch? Wenn Menschen es in der Stadt, mit der Straße vor der Tür, der Anonymität, dem Lärm und der Geschäftigkeit nicht mehr aushalten – oder wenn sie den ausgestorbenen Ortskern am Freitagabend, das Pendeln zum Arbeitsplatz, das Jeder-kennt-jeden satthaben - kann es zu Stadtflucht oder eben zu Landflucht kommen.

Wir wollen uns in dem Schwerpunkt-Heft mit den politischen Auswirkungen befassen, wenn urbane Bewohner, deren einzige Kenntnis „urban gardening“ ist, der Landbevölkerung vorschreiben will, was diese zu tun und zu lassen hat. ●WHA

American Dream - British Dream - German Dream

David Goodhart ist Gründer und früherer Herausgeber des britischen Magazins PROSPECT. Seit 2016 ist er Leiter der Abteilung Demografie, Immigration und Integration des britischen Think-Tanks *Policy Exchange.*
Goodhart stammt aus einer in die britische Upper Class aufgestiegenen jüdischen Einwandererfamilie, sein Urgroßvater war Mayer Lehman, einer der Gründer der Investmentbank Lehman Brothers. [Quelle Wikipedia]

Seine bekanntesten Bücher sind *The British Dream* (2013) und *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics (2017).*

The British Dream

Goodharts 2013 veröffentlichtes Buch *The British Dream* löste schon vor Erscheinen breites Interesse aus, da es Themen wie Multikulturalismus, Immigration und nationale Identität anschneidet. Hierin wendet er sich gegen massenhafte Zuwanderung, die nicht nur dem Zielland schade, sondern durch Brain Drain auch den Heimatländern und auch wenig zu weltweiter sozialer Gerechtigkeit beitrage. Stattdessen fordert er gezielte Förderprogramme, um den Menschen ein auskömmliches Leben und sozialen Fortschritt in ihren Heimatländern zu ermöglichen.

Außerdem postuliert Goodhart, dass die derzeitige britische Gesellschaft hauptsächlich mit zwei Problemen zu kämpfen habe, die er beide auf diese Zuwanderung zurückführt.

Zum einen sei dies die schlechte wirtschaftliche Situation einfacher Arbeiter bei gleichzeitigem Rückgang sozialer Mobilität, zum anderen nachlassender Gemeinsinn, verursacht durch fehlende Integrationsbereitschaft. Die Reaktionen darauf waren dabei sehr kontrovers.

Zwar wurde ihm durchaus zugestanden, die Probleme richtig zu beschreiben, allerdings habe er die falschen Schlüsse gezogen. Immigranten pauschal zu Sündenböcken zu machen, sei zu einfach gedacht.

Zum Literaturfestival in Hay-on-Wye wurde Goodhart nach 15 Jahren Teilnahme erstmals nicht eingeladen: Der Leiter der Veranstaltung, Peter Florence, verwies darauf, dass er für Pluralismus und Multikulturalismus stünde und er das Buch daher nicht präsentiert haben wolle. Goodhart warf er „Sensationalismus“ vor.
[Quelle: Wikipedia)

The Road to Somewhere

In seinem 2017 erschienenen Werk *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics* beschäftigte sich Goodhart mit dem Erstarken populistischer Bewegungen in zahlreichen westlichen Staaten.

Er entwarf hierin das Konzept zweier sozialer Gruppen. Die einen, die *Somewheres* (*Irgendwo-Menschen*), sind lokal oder regional orientiert, in der Regel weniger gebildet und finanziell schlechter ausgestattet. Sie halten Veränderungen in ihrem Umfeld generell für störend aber insbesondere Zuwanderung,
Sie sind für populistische Parteien empfänglich. Ihnen gegenüber stehen die *Anywheres*, die *Überall-Menschen*. Sie haben in der Regel höhere Einkommen, zeichnen sich durch höhere Mobilität aus, sind in ihrem Selbstverständnis nicht an einen Ort gebunden und offen für Veränderungen. Sie sehen Zuwanderung als Bereicherung.
Goodhart wertet die Erfolge eines Donald Trump, das Erstarken rechtspopulistischer Parteien etwa in Deutschland, Österreich und Italien, oder den unerwarteten Erfolg des Brexit-Referendums als Aufstand der *Somewheres* gegen die ihrer Ansicht nach bestehende soziale Vorherrschaft der *Anywheres* und die fehlende Berücksichtigung ihrer Belange in der Politik. Auch dieses Werk erhielt sowohl Zustimmung als auch Kritik.
[Quelle: Wikipedia]

Goodhart analysiert die Gesellschaften vor dem Hintergrund der britischen Klassengesellschaft. Er beschreibt die Anywheres als Anhänger liberaler Ideen. Im angelsächsischen Sprachgebrauch entspricht „liberal“ allerdings nicht dem Bedeutungsinhalt des deutschsprachigen „liberal“, sondern der Bedeutung von „links-grün“ im Deutschen.

Er stellt fest, dass es zwar einen American Dream gibt (vom Tellerwäscher zum Millionär) und einen British Dream, der zur Pax Britannica führte, aber keinen German Dream. Vor allem keinen positiv formulierten.

Der Siegeszug der Anywheres

In einem Zeitungsartikel nach Veröffentlichung seines Buchers 2017 erklärt Goodhart seine Position:

„Vielen Menschen wird die Kluft zwischen den „Anywheres“ und den „Somewheres“ als Schwarz-Weiß-Denken und zu vereinfachend erscheinen. In meinem Buch „The Road To Somewhere“ gebe ich eine detailliertere und nuanciertere Beschreibung. ...

Es gibt viele Arten von Anywheres und Somewheres: Die extremsten Anywheres bezeichne ich als Global Villagers (ca. fünf Prozent der Bevölkerung) und die extremeren Somewheres als Hard Authoritarians (ca. fünf bis sieben Prozent). Dazwischen gibt es noch eine große Gruppe, die ich als Inbetweeners bezeichne. Sie machen circa ein Viertel der Bevölkerung aus.

DER TRIUMPFZUG DES LIBERALISMUS

Die Zahlen stammen aus den British Social Attitudes Surveys und unzähligen anderen Meinungs- und Werteumfragen der vergangenen Jahre. Eine Umfrage spiegelt die von Goodhart beschriebenen Werteblöcke perfekt wider. In den letzten Jahren ergab die wichtigste Meinungsumfrage zur Einwanderung, dass 75 Prozent der Bevölkerung der Ansicht sind, dass die Einwanderung „zu hoch“ oder „viel zu hoch“ sei. Dies teilt sich wie folgt auf:

50 Prozent glauben, sie sei viel zu hoch (die „Somewheres“), 25 Prozent glauben, sie sei ein wenig zu hoch (die „Inbetweeners“), weitere 20-22 Prozent glauben, sie sei ungefähr richtig (Durchschnitts-„Anywheres“) und drei bis vier Prozent würden sich sogar noch mehr Einwanderung wünschen (die „Global Villagers“).

Den Umfragen können wir noch etwas anderes Interessantes entnehmen. Wir sind heute alle liberal, zumindest was den Lebensstil anbetrifft. In den vergangenen 40 Jahren gab es eine große Liberalisierung der kulturellen Einstellungen zur Rasse, zum Geschlecht und zur Sexualität (weniger jedoch zur Einwanderung und zu den Sozialleistungen), die zwar von den Anywheres getragen wurde, aber auch viele Somewheres mitgezogen hat.
Aus diesem Grund bezeichnet Goodhart die Weltsicht der Somewheres als anständigen Populismus. Abgesehen von einem kleinen Teil sind sie weder intolerant noch fremdenfeindlich, halten aber an verschiedenen Gruppenidentitäten fest und stehen dem raschen Wandel misstrauisch gegenüber.

Viele Somewheres gehen nicht mehr zu Parlamentswahlen, weil alle großen Parteien seit den 1990er Jahren die Weltsicht der Anywheres vertreten. Beim Brexit--Referendum nutzten sie jedoch ihre Chance und sagten: „Genug, Eure Anyway-Form der Offenheit bringt uns nichts.“

AUFGABE DER ELITEN

Obwohl Goodhart den Anywheres und der liberalen Allumfassendheit der letzten Jahre, die sich in der EU in einer übertriebenen Ausweitung des Euro und im Konzept der Europa-Bürgerschaft beispielhaft ausdrückt, kritisch gegenübersteht, ist er der Meinung, dass beide Weltsichten auf ihre jeweils eigene Weise vollkommen anständig sind.

Die Aufgabe der Politik besteht für die nächste Generation darin, einen neuen Ausgleich zwischen diesen beiden Werteblöcken zu finden und dadurch die Wahrscheinlichkeit weiterer Brexit-ähnlicher Schocks zu verringern.

Das Erreichen dieses neuen Ausgleichs ist abhängig vom Ausgang der aktuellen Debatte unter den Anywheres:

- zwischen jenen, die er als die gewarnten Anywheres bezeichnet; die anerkennen, dass sie nicht genug auf die Besorgnisse der Somewheres gehört haben,
- und den militanteren Anywheres, die der Meinung sind, dass sie die Barbaren bekämpfen müssen.

Zusammenfassend lässt sich zum Modell von Goodhart sagen:

Die **Anywheres** sind normalerweise gut ausgebildet und mobil. Sie legen großen Wert auf Autonomie, Offenheit und Fluidität. Sie haben eine „erarbeitete Identität“, die auf Bildungs- und Berufserfolgen basiert und dazu führt, dass sie sich überall selbstsicher und wohl fühlen. Sie sind vor allem in urbanen Umwelten zu finden.

Die **Somewheres** sind stärker verwurzelt und [in England] weniger gut ausgebildet. Ihnen sind Gruppenzugehörigkeiten, Vertrautheit und Sicherheit wichtig. Sie haben eine „zugeschriebene Identität“, die auf einer Orts- und Gruppenzugehörigkeit basiert, was dazu führt, dass Veränderungen ihnen eher Unbehagen bereiten. Goodhart sieht diese vor allem im ländlichen Raum.
●WHA

Die Stadt-Land-Debatte in der Schweiz

In einem Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei forderte deren Präsident Marco Chiesa am 1. August 2021 die Bevölkerung auf, die freie Schweiz gegen die linksgrünen Städte zu verteidigen.
«Die Luxus-Linken und Bevormunder-Grünen in den Städten wollen allen anderen im Land vorschreiben, wie sie zu denken und zu leben haben», so Chiesa. Die linken Städter schauten verächtlich auf die Landbevölkerung herab – und lebten gleichzeitig auf deren Kosten. Dieser «Schmarotzer-Politik» der wohlstandsverwahrlosten linken Städte sage die SVP den Kampf an.
Alle Schweizer Medien berichteten darüber.
Tatsächlich steht dahinter ein ernsthaftes Problem. Linke Städter lebten in einer anderen Welt als die vorwiegend bürgerliche Landbevölkerung.
„Dabei versuchen sie ihre Umverteilungs-Ideologie und ihren urbanen Lebensstil für alle anderen als verbindlich zu erklären: Weil sie Tram und Bus vor der Haustüre haben, sollen gefälligst auch alle anderen auf das Auto verzichten oder mehr dafür bezahlen müssen“ so Chiesa.

Chiesa echauffiert sich heftig und schreibt:
„Um beim Beispiel der **Verkehrspolitik z**u bleiben: Mit immer mehr Schikanen und der künstlichen Verknappung des Parkplatzangebots verbarrikadieren sich die linken Städte geradezu. Der Pöbel vom Land soll draußen bleiben – die mittelalterlichen Stadtmauern feiern eine symbolische Wiederauferstehung. Mobilität wird ideologisch in Gut und Böse unterteilt. Während sich auf dem Land längst viele Bürgerliche für mehr Velowege einsetzen, werden sie in der Stadt genutzt zum Abbau von Auto-Straßen.
Nur wenn es um die enormen Kosten für neue Velowege und Velobrücken in den Städten geht, sind die Auto-Fahrer wieder gut genug: Sie sollen mit höheren Benzin-Abgaben und Parkplatzgebühren weiter gemolken werden. In der Stadt Bern kostet eine Stunde parkieren neu 3 Franken statt wie bisher 2.20 Franken.
Benzinautos müssen zudem höhere Parkkartengebühren zahlen als alternativ betriebene Fahrzeuge .
Dass sich viele Menschen mit tieferen Einkommen kein teures neues E-Auto leisten können, interessiert die Luxus-Linken nicht.“

Dass neun der zehn größten Schweizer Städte eine linke Regierung haben, würde das Problem noch dramatisch verschärfen.

Die Verkehrspolitik sei aber nicht das einzige Beispiel. Der zunehmende Linksdrall der bevölkerungsreichen Städte würde immer mehr Abstimmungen auf Bundes und kantonaler Ebene beeinflussen. Beispielhaft nennt er das **Jagdgesetz**, das er nur mit einem Schuss sarkastischen Humors ertragen kann.

„Sie [die Städter] machen der Berg- und Landbevölkerung Vorschriften, von denen die Städter selber kaum betroffen sind. Witzige Zeitgenossen haben deshalb die Aussetzung von Wölfen in den Städten und von Krokodilen im Zürcher Seebecken gefordert. Wetten, dass da mancher Naturromantiker unter den Asphaltbürgern zu realistischeren Einschätzungen käme?“

Es geht beim Stadt-Land-Konflikt aber nicht nur um Ideologie und unterschiedliche Lebenswelten, sondern auch um handfeste ökonomische Interessen. Und daher hat die wachsende Entfremdung zwischen Stadt und Land eine rationale Basis.

«Im Mittelalter hieß es, Stadtluft macht frei», argumentiert Chiesa. Das sei vorbei. „Heute leben Freiheit und Selbstverantwortung auf dem Land. Es sind die bürgerlich geprägten Milieus auf der Landschaft, welche die freiheitlichen Werte und die Erfolgsfaktoren der Schweiz verkörpern. Nun muss es heißen: Landluft macht frei!“

Ziel dieses Positionspapiers ist es, die offenen und verdeckten Konflikte zwischen Stadt und Land zu analysieren, ohne den ideologischen Graben nicht vertiefen.

Abschließend präsen-tiert die 20-seitige Abhandlung weitreichende politische Forderungen zur Korrektur der gröbsten Fehlentwicklungen – „damit die Stadt-Land-Beziehungen wieder ins Lot kommen.“

Das Papier stellt klar: „Die Städte enden an ihren politischen Grenzen. Alle anderen Gemeinden – von der Agglomeration bis ins Berggebiet – gehören zur Landschaft.“ Mit Agglomeration wird im Schweizerischen der halbländliche „Speckgürtel“ um die Großstädte bezeichnet. Damit richtet sich das Papier nicht gegen die Städte oder ihre Bevölkerung, sondern gegen die Fehl-

www.svp.ch/uploads/Positionspapier-der-SVP-Stadt-Land

Urbane Lifestyle Milieus in der Schweiz

entwicklungen und Auswüchse links-grüner Ideologie-Politik der Kernstädte. Chiesa fordert eine Stärkung der freiheitsliebenden Bevölkerung und der Steuerzahlenden auf dem Land – und in den Städten.

Der Essay versucht, historisch gewachsene Sachverhalte mit modernen gesellschaftlichen Entwicklungen zusammenzubringen und stellt fest:

„Die Konfliktlinie, die sich zwischen Städtern und Landbewohnern zieht, gehört deshalb mindestens so sehr zur Geschichte der Eidgenossenschaft wie der vielzitierte Rösti- oder Polenta-Graben. Ein Gewerbetreibender in der Waadt steht seinen Berufskollegen in der Deutschschweiz oder im Tessin weltanschaulich und politisch viel näher als der verbeamtete Cüpli-Sozialist in der Stadt Lausanne.“

Das Positionspapier schreibt die Fehlentwicklungen hauptsächlich der Bildung von sozialen Milieus in den Städten der letzten 30 Jahre zu. So sei es gerade in den umstrittenen Brennpunkten der Schweizer Politik der letzten Jahre – Europa, Ausländer, Umwelt – zu schweren Verwerfungen zwischen Stadt und Land gekommen.

Ein Grundzug des urbanen Milieus sei eine gewisse moralische Überheblichkeit, wie sie die deutsche Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht in ihrem Buch «Die Selbstgerechten» ankreiden würde. Wagenknecht nennt sie deshalb «Lifestyle-Linke».

Chiesa: „Sie fahren Velo und Tesla, kaufen teure Bioprodukte, arbeiten Teilzeit im modischen Co-Working-Space und propagieren Gendersternchen sowie andere politische Überkorrektheiten.“

Wagenknechts Verlag Campus schreibt:

Wagenknecht selbst schreibt: „Lifestyle-Linke treiben die Gesellschaft auseinander.“

Das eidgenössische Papier stellt dagegen fest: Bei zukünftigen Abstimmungen wird den Agglomerationen die größte Bedeutung zukommen: „Das Zünglein an der Waage spielen darum immer häufiger die Agglomerationen, die nicht so klar dem Schema «Links vs. Bürgerlich» zuzuordnen sind.“

„«Urban, divers, kosmopolitisch, individualistisch – links ist für viele heute vor allem eine Lifestylefrage.» Die Autorin zeigt eine Alternative zu einem «Linksliberalismus, der sich progressiv wähnt, aber die Gesellschaft weiter spaltet, weil er sich nur für das eigene Milieu interessiert und Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft ignoriert.»

Die Ikone des blasierten Großstadtmenschens

Der blasierte Großstadtmensch ist nicht auf die Schweiz oder Europa beschränkt - es gibt ihn weltweit - und das schon lange.
Für urbane Eliten ein Kultmagazin, auf dem Land oft verhasst: Kaum ein Blatt polarisiert so sehr wie „The New Yorker“. Dass es so weit kommen würde, war schon abzusehen, als der Journalist Harold Ross die Zeitschrift 1925 gründete.
Das erste Cover zierte die Zeichnung eines Mannes, der einen Schmetterling betrachtet. Den überdimensionalen Zylinder mit geschwungener Krempe akkurat auf dem Kopf, zückt er ein Monokel, um das Insekt vor sich genau in Augenschein zu nehmen – ein Dandy, ein Snob aus der Großstadt, so flüchtig wie das Tier, das er beobachtet.
Eustace Tilley war geboren.

Ein Charakter, der zu einer Art Maskottchen des (ein) gebildeten New Yorker Bürgers werden sollte. Die Zielgruppe war klar:
Nicht den Mittleren Westen, verkörpert durch die biedere „alte Dame“ im hinterwäldlerischen Iowa, wollte Ross ansprechen, sondern die Kosmopoliten Manhattans, die Kultivierten, praktisch die Eustace Tilleys des Big Apple.
Inzwischen ist nicht das Global Village die Zielgrupe, sondern „The Global Big Apple“. Where ever in the world.

In der Kürze liegt die Würze – ? Von wegen!

Wortungetüme als Wortschöpfung – ob uns das als Gesellschaft weiterbringt?

Das schlagen Sprachwissenschaftler als gendertauglich vor:

Damenfahrrad: Fahrrad mit tiefem Einstieg

Fachwissenschaftler: Fachforschende

Migranten: Personen mit Migrationshintergrund

Antragsteller: antragstellende Personen

Fahrzeughalter: fahrzeughaltende Person

Anleger: Anlegende

Mitarbeiter: Mitarbeitende

Astronaut: ins Weltall reisende Person

Studenten: Studierende

Leser: Lesende

Neue Sprache - Neues Denken?

Heide Skudelny

„Neuer Höhepunkt im Genderwahn“ spottete es jüngst in den sozialen Medien. „Weibliche Truthähne heißen jetzt Putin.“

Was unter vielen oft Älteren manche Heiterkeit erregte, ist eher Ausdruck eines mehr ernsthaften Phänomens: die gendergerechte Sprache, die hier aufgespießt wird. Ihr Ziel ist es, Rücksicht auf weibliche Empfindlichkeiten zu signalisieren, mithin Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Das weibliche Geschlecht oder zumindest ein lautstarker Teil davon fühlt sich nämlich durch das generische Maskulinum wie Bürger, Bäcker oder Beamter nicht angesprochen. Mehr noch, gar diskriminiert und ausgeschlossen.

Welche jahrhundertealte Verachtung, und das noch im 21. Jahrhundert!
Was bei diesem eventuell in einigen Aspekten begründeten Ansinnen herauskommt, sind allerdings Wortungetüme und Verballhornungen, Wortformen mit falscher Grammatik sowie letztlich eine Unlesbarkeit der Texte und - schlimmer noch - ihrer Botschaften.

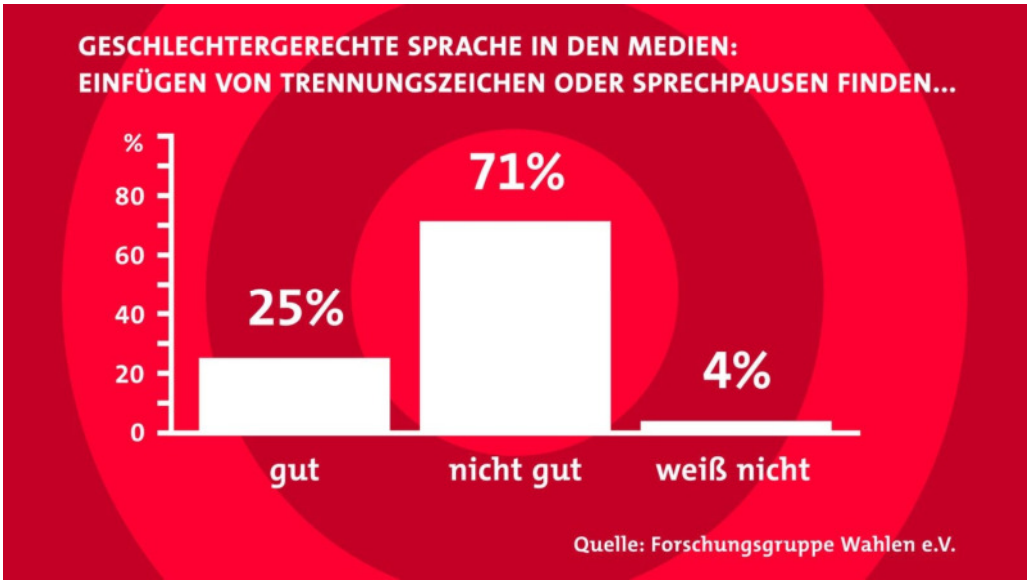
Dann bauen sich Sternchen und Binnen-I, Unterstriche und Doppelpunkte im Text ebenso wie Schmalzlaute (Glottischlag) in Reden als Stolperfallen auf, die den Wortfluss unterbrechen, stören und manchmal sogar verstümmeln.

Bei der Gendersprache geht es nicht um die natürliche und erwünschte Weiterentwicklung der Alltagssprache, auch nicht um die Einführung neuer Begriffe aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen, sondern um

„die gesamte Gesellschaft, die dringend umgepflügt werden musste“, wie der Autor Jürgen Schmid in Publico konstatiert. Diesen Anspruch erheben inzwischen viele kleine und große Gruppen in unserer Gesellschaft jenseits der Mitte: Alte und Junge, Menschen mit Behinderung, Schwule und Lesben, Transgender, Migranten und Andersgläubige, um nur einige zu nennen.
Es kommt, was kommen musste: zu ebenso absurden wie bizarren Formulierungen wie „eine Abschluss innehabenden Person“ (statt Absolventen) oder toten Radfahrenden, wie der NDR laut Schmid über den Hamburger Verkehr allen Ernstens berichtete.

Ganz zu schweigen vom armen Mohren, der im Mohrenkopf und der Mohrenstraße einfach verboten wurde. Dass diese Sprachverhunzung auch noch von öffentlichen Verwaltungen, Universitäten und Ministerien empfohlen wird, dass Schulen mittlerweile einstimmen, macht die Sache nicht besser. Im Gegenteil.
Der Versuch der sprachlichen Umerziehung erweist der Verständlichkeit der Sprache und damit dem Ausdruck des Denkens einen Bärendienst.

Pro und Contra Gendern



Die gegenderte Sprache vertieft aus unserer Sicht die sozialen Gräben und steht dem Verständnis entgegen. Und schon gar nicht dient sie dem Anliegen, Frauen nicht auszugrenzen, ihnen vielmehr den ihnen gebührenden individuellen Respekt zu erweisen. Dafür gibt es weit tauglichere Instrumente.

Wie wäre es mit größerer Beteiligung bei Hausarbeit und Kindererziehung oder mehr Anerkennung am Arbeitsplatz, eine stärkere Abstimmung auf ihre Bedürfnisse? Es überrascht daher nicht, dass sich nur eine Minderheit der Frauen zu dem ideologiegeprägten Neusprech bekennen.

Immerhin mehr als die Hälfte lehnt ihn ab. Zwei Drittel der Deutschen erachten sogar laut einer Umfrage von Infratest Dimap eine betonte Berücksichtigung unterschiedliche Geschlechter in der Sprache als nicht zielführend. Gendern ist ein Projekt akademisch geprägter urbaner Eliten und hat mit dem Lebensgefühl der ländlichen Bevölkerung wenig zu tun. Aber diese Stimmen sind eben nur leiser zu vernehmen.

●SKY

Meine Meinung:

In Notfällen soll man nicht gendern

Frauen sollen durch Gendern sichtbarer gemacht werden. Rein kommunikativ gesehen ist Gendern ein sprachlicher Unfug und damit sachlich überflüssig.

In Not- und Ernstfällen haben die Sprecher für diesen Luxus weder Zeit noch Interesse. Im Gegenteil: Gendern ist in Notsituation schädlich. Für die ehemalige Bundesfamilienministerin Anne Spiegel war am 14. Juli 2021 bei der Ahrtal-Flut gendern wichtiger als warnen. Als Umweltministerin von Rheinland-Pfalz korrigierte sie seinerzeit die ihr zur Genehmigung vorgelegte Pressemitteilung ihres Hauses:

„Konnte nur kurz draufschauen, bitte noch gendern CampingplatzbetreiberInnen, ansonsten Freigabe."

*Binnen-I-Variante. Heute ist – auch bei den Grünen – der Genderstern üblich: Campingplatzbetreiber*innen.*

Als Außenstehender frage ich mich, ob es nicht genderkorrekter Campingplatzbetreibende heißen muss; denn die Campingplätze werden ja nicht nur von Frauen und Männern geführt, sondern auch von Firmen (juristischen Personen).

Die Ahrflut hat sehr viele Todesopfer gekostet – da sollte für Gender-Unfug keine Zeit sein. ●WHA

Wie viel Land darf es sein?

Ländlicher Raum versus Speckgürtel von Großstädten aus der Sicht einer Kommunalpolitikerin

Gastautorin:

Carolin Holzmüller, (33)

lebt in Weingarten (Baden)

B.A. Agrarmanagement und Winzerin;

seit 2014 Gemeinderätin und seit 2021 FDP-Fraktionsvorsitzende;

Vorsitzende des Landesfachausschusses Agrarpolitik, ländliche Räume und Verbraucherpolitik

LSI Mitglied

Den Traum vom Häuschen auf dem Land verwirklichen und gleichzeitig den Komfort städtischer Infrastruktur genießen?

Dies lässt sich am besten in den Ortschaften rund um eine Großstadt erreichen, dem sogenannten Speckgürtel. Genau hier werden dann aber die Unterschiede zwischen Stadt und Land deutlich.

Geringe Bevölkerungsdichte, landwirtschaftliche Produktion, kleine Gewerbebetriebe, aber kein Nahversorger sowie keine medizinische Grundversorgung vor Ort sind Stichpunkte, mit denen sich der ländliche Raum umschreiben lässt. Eigenverantwortung und gute Nachbarschaft sind Eigenschaften, die die Einwohner mitbringen. Besorgungen müssen geplant werden. Und statt Spontanität hilft eher Kreativität bei alltäglichen Herausforderungen.

Wer sich für den ländlichen Raum entscheidet, erfährt eine Art kulturelle Umstellung. Da so schnell kein Krankenhaus oder Supermarkt verwirklicht werden kann, scheint in wirklich ländlichen Gegenden die Integration in das neue Lebensgefühl leichter zu gelingen.

Anders stellt es sich in Gemeinden im sogenannten Speckgürtel dar.

Hier lässt man sich nieder, weil man abends eine Runde in der Natur rund ums Dorf joggen kann und am Wochenende in kürzester Zeit in der Innenstadt ist.

Spannungen entstehen, wenn ländliche und städtische Lebenserwartung aufeinandertreffen. Im Alltag zeigt sich das, wenn in der scheinbar ländlichen Idylle lokale Gewerbebetriebe und landwirtschaftliche Maschinen Lärm und Dreck verbreiten.

Zum Standardrepertoire der Beschwerden gehören Klagen über krähende Hähne oder den viertelstündigen Glockenschlag der Kirche.

Den Wandel in der Bevölkerung bekommt die Kommunalpolitik zu spüren. Einerseits werden städtische Erwartungshaltungen an Verwaltung und Gemeinderäte herangetragen, sei es häufigere Taktung im ÖPNV oder mehr Nahversorgerangebot im eigenen Ort.

Andererseits wird die Enttäuschung über „mangelnde Ländlichkeit“ als Kritik kommuniziert, wenn beispielsweise die Verkehrs- und Parkplatzprobleme nicht weniger sind. Während bei einigen ausführliche Erläuterungen zum Verständnis führen, müssen in manchen Bereichen Kompromisse gefunden werden.

Wo früher eigenverantwortliches Handeln vorherrschte, muss die Gemeinde Lösungen finden.

Ländlicher Raum versus urbaner Speckgürtel

Lassen Sie mich das an den Beispielen

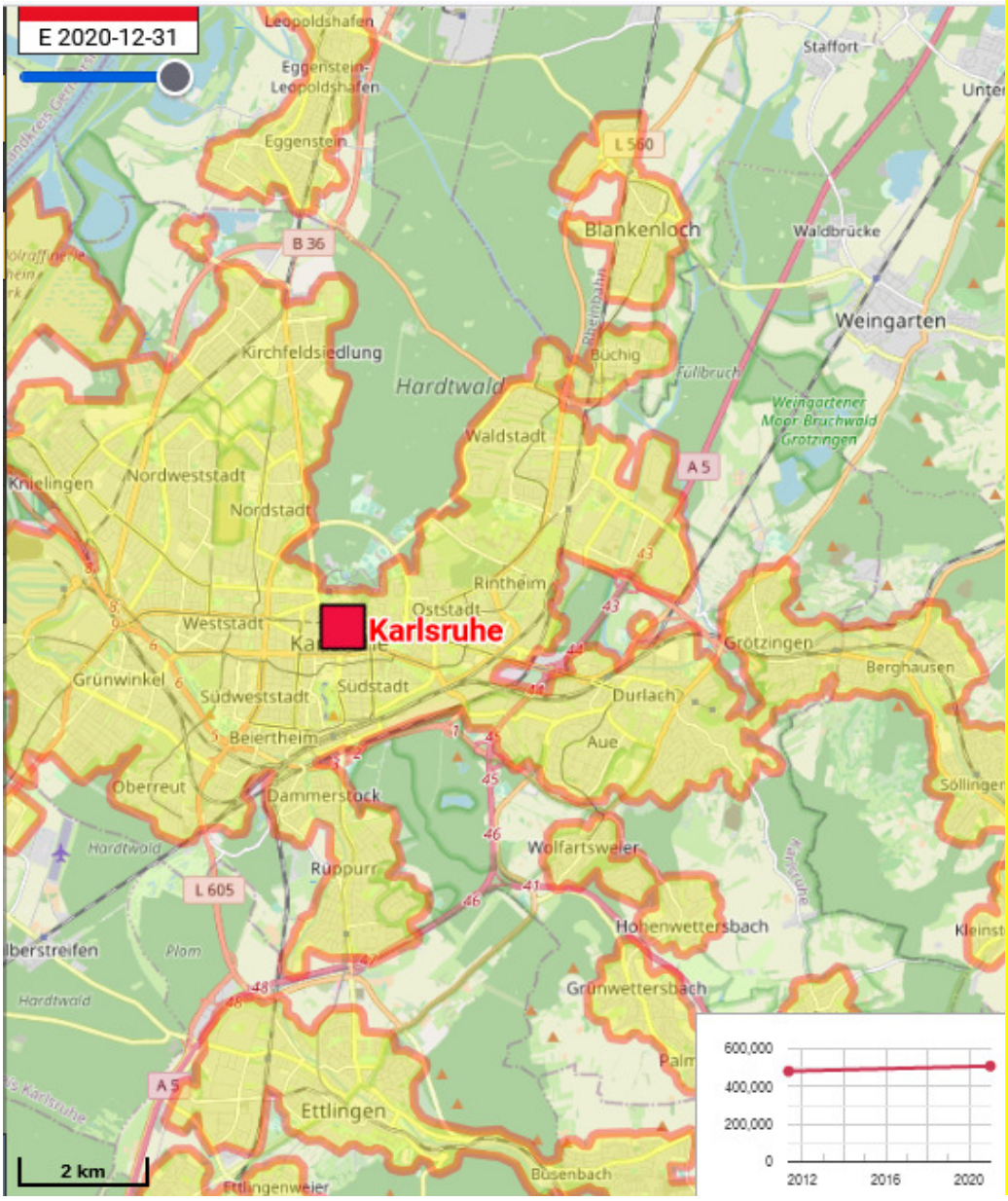
- **Kehrwoche** und
- **Lichtraumprofil** erläutern.

Den Gehweg vor dem Haus sauber zu halten und von Unkraut und Schnee zu befreien, ist im Ortsrecht festgeschrieben und war früher eine Selbstverständlichkeit. Ebenso kümmerte sich der Grundstückseigentümer darum, dass keine Büsche oder Äste auf Wege und Straßen ragten.

Heute hat meine Heimatgemeinde mehrere Mitarbeiter dafür abgestellt, Anwohner auf die Reinigung des Gehwegs oder den Rückschnitt des Lichtraumprofils hinzuweisen. Gegebenenfalls übernehmen sogar Mitarbeiter des Bauhofs Aufgaben, die früher privat erfolgten.
Neben den wachsenden Aufgaben einer Kommunalverwaltung müssen also auch veränderte Anforderungen aus Reihen der Bürgerschaft bewältigt werden, und zwar ohne zusätzliche finanzielle Mittel.

Die Antwort der Liberalen ist hier klar die Rückbesinnung auf die Eigenverantwortung.

Denn gerade das macht doch den eigentlichen Charme des ländlichen Raumes aus, dass hier mehr Freiheit statt staatlichem Rundumsorglos-Angebot vorherrscht.



Die **Großstadt Karlsruhe** hat laut Wikipedia (Stand 31.12.2020) **308436 Einwohner auf einer Fläche von 173,42 km² Diese sind auf 27 Stadtteile verteilt.**
Die Stadteile sind flächenmäßig oft nicht miteinander verbunden.

Die **urbane Agglomeration Karlsruhe** hat **508300 Einwohner auf einer fläche von 144,4 km² (Quelle:** www.citypopulation.de Karlsruhe/agglomeration

Weingarten ist eine unabhängige Gemeinde mit 10406 Einwohnern direkt an der nordöstlichen Stadtgrenze von Karlsruhe und hat selbst eine Flächen von 29,38 km²

Die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung in der Agglomeration (2000—2020) betrug 6,5 %

Die jährliche Wachstumsrate von Weingarten im gleichen Zeitraum betrug 11,5 %.

https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/GebietFlaeche/01515020.tab?R=GS212000

Katastrophenschutz bezeichnet die Maßnahmen, die getroffen werden, um Menschen, Umwelt und bestimmte Sachwerte in oder vor der Entstehung einer Katastrophe zu schützen und die Versorgung der Menschen zu wahren. Abgegrenzt vom Katastrophenschutz wird der Schutz der Bevölkerung im Kriegsfall. Letzterer wird im offiziellen Sprachgebrauch der Bundesrepublik Deutschland als **Zivilschutz** bezeichnet und gemeinsam mit dem Katastrophenschutz unter dem Oberbegriff des **Bevölkerungsschutzes** zusammengefasst; in Österreich und der Schweiz ist der Sprachgebrauch anders.

Zu den Maßnahmen gehören neben unmittelbaren Einsätzen und Hilfeleistungen auch vorbereitende Maßnahmen, wie zum Beispiel die Aufstellung entsprechender Hilfseinrichtungen und -pläne oder das Festlegen von Standard-Einsatz-Regeln (SER) zur schnellen Reaktion bei gleichen Lagen, die Abwehr von Schäden im Katastrophenfall sowie im Nachgang die Beseitigung von Katastrophenschäden.
[Quelle: Wikipedia]

Urbaner und ländlicher Katastrophenschutz

Wolfgang Baumbast

Urbaner und ländlicher Katastrophenschutz und Katastrophenvorsorge

Katastrophenschutz ist originäre Aufgabe des Landes.

- Untere Katastrophenschutzbehörden sind die Landratsämter und die Bürgermeisterämter der Stadtkreise.
- Höhere Katastrophenschutzbehörden sind die Regierungspräsidien (§ 4 Abs. 2).
- Oberste Katastrophenschutzbehörde ist das Innenministerium (§ 4 Abs. 3).

In der Vergangenheit haben Land, Regierungspräsidium und Landkreis viel in Katastrophenschutzmaßnahmen investiert. Verwaltungen, THW, Feuerwehren und Rotes Kreuz sind gut auf kleine und mittlere Katastrophen wie Starkregenereignisse, Großbrände oder Orkane vorbereitet.

Wie die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit jedoch gezeigt haben, kam es wiederholt zu überregionalen und nur schwer beherrschbaren Katastrophenszenarien, bei denen Kommunen und Landkreise mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln überfordert waren.

- So zum Beispiel die Flutkatastrophe im Raum Ahrweiler mit mehr als hundert Toten und Vermissten.
- Im Süden Europas richteten Waldbrände verheerende Schäden an.
- Am 08.01.2021 und am 24.07.2021 standen mehrere europäische Staaten kurz davor, einem kompletten Stromausfall (Blackout) zum Opfer zu fallen.
- Am 25.11.2005 haben heftige Schneefälle zum größten Blackout der Geschichte der Bundesrepublik geführt. Mehr als 250000 Menschen waren bei Eiseskälte im Münsterland tagelang ohne Strom. Landwirte konnten ihre Kühe nicht mehr melken.
- Seit mehr als zwei Jahren hält die Corona-Pandemie die Kreise und Kommunen in Atem.
- Am 06. Juli 2021 wurde das Computersystem des Landkreises Anhalt-Bitterfeld mit einem Trojaner infiziert. Daraufhin musste die Landkreisverwaltung den ersten Cyber-Katastrophenfall in Deutschland ausrufen.
- Darüber hinaus drohen immer wieder humanitäre Katastrophen in den Krisengebieten des Nahen Ostens, Nordafrikas und ganz aktuell in Afghanistan und der Ukraine mit neu einsetzenden Flüchtlingswellen.

Am 24.02.2022 sind russische Truppen in die Ukraine einmarschiert und haben begonnen, Kyiv, Charkiv, Cherson, Mariupol, Donezk und Luhansk anzugreifen. Das war der Beginn eines höchst brutalen Angriffskrieges, der in eine große humanitäre Katastrophe mündete, mit unzähligen Toten und Verwundeten auf beiden Seiten, sowie Millionen von Flüchtlingen, die sich in den umliegenden Regionen in Sicherheit bringen mussten.

Am selben Tag wurde - von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt - durch Russland ein Satellit gehackt, um die Informationskanäle der ukrainischen Streitmächte empfindlich zu stören.

Mit einem Mal konnten auch über fünftausend deutsche Windräder nicht mehr erreicht werden. Die über diesen Satelliten gesteuerte Fernwartung ist komplett ausgefallen.

Die Befürchtung, dass russische Hacker nun auch das europäische Stromnetz angreifen und dadurch einen flächendeckenden Blackout auslösen, haben sich bisher Gott sei Dank nicht bewahrheitet.

Effiziente Abstimmung

Dennoch ist diese Gefahr unverändert hoch. Der Zusammenbruch von Lieferketten sowie der Ausfall wichtiger Energielieferanten, Rohstoff- und Nahrungsmittelproduzenten wird nicht nur in Deutschland, sondern vor allem in den ärmeren Regionen dieser Welt zu Wohlstandsverlusten und massivem Mangel an Nahrungsmitteln und wichtigen Gütern des täglichen Bedarfs führen.
Waldbrände, Erdbeben, Stürme und verheerende Überschwemmungen richten darüber hinaus immer wieder immensen Schaden an. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie sind nicht nur unsere Gesundheitssysteme, sondern auch Privatwirtschaft und öffentliche Hand an die Grenzen der Belastbarkeit geraten.
Kurzum, das Risiko, dass ganze Regionen von Katastrophen in einem nicht mehr beherrschbaren Ausmaß getroffen werden, ist enorm gestiegen.

Daher ist es notwendig, dass Katastrophenschutz- und Katastrophenvorsorge-Maßnahmen effizient zwischen urbanem und ländlichem Raum aufeinander abgestimmt werden.

Angesichts dieser Ereignisse ist es vordringliche Aufgabe der Landkreise als unterste Katastrophenschutzbehörden, aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit die notwendigen Lehren zu ziehen.

Logo des internationalen Katastrophenschutzes

Mehr hier: https://de.wikipedia.org/wiki/Katastrophenschutz

Lehren aus der jüngsten Vergangenheit

- Wie groß ist das aktuelle und künftige Gefahren- und Risikopotenzial?
- Wie wird sich der Klimawandel künftig in unserer Region auswirken?
- Welche Ressourcen stehen nach aktuellem Stand zur Gefahrenabwehr zur Verfügung?
- Wo gibt es dringenden Handlungsbedarf?
- Welche kritische und systemrelevante Infrastruktur muss vordringlich aufgebaut beziehungsweise - falls vorhanden - geschützt werden?
- Wie kann die Bevölkerung vor herannahenden Gefahren rechtzeitig und umfassend gewarnt werden?
- Wie können die erforderlichen Maßnahmen finanziert werden?
- In welcher Höhe müssen zweckgebundene Rücklagen für Katastrophenfälle gebildet werden?
- In welchem Maße müssen sich jedoch auch Unternehmen und Privathaushalte aus eigener Verantwortung heraus auf drohende Krisen vorbereiten?
- Auf diese drängenden Fragen müssen wir so schnell wie möglich Antworten geben, um den akuten Handlungsbedarf zu ermitteln.

Immerhin hat das Innenministerium des Bundes inzwischen reagiert und 40 Millionen Euro für den Aufbau von vier Katastrophenschutzzentren des Technischen Hilfswerks (THW) bereitgestellt.

Bundesweit werden momentan in:

- Westede (Niedersachsen),
- Altenburg (Thüringen),
- Obernburg (Bayern) und
- Ulm

Zentrallager eingerichtet, in denen Zelte, Feldbetten, Notstromaggregate, Feldküchen, Nahrungsmittel und medizinische Artikel gelagert werden.

Doch nach Einschätzung des Präsidenten der THW-Bundesvereinigung, Martin Gerster, bräuchten wir mindestens acht derartige Zentrallager. Zumindest ist jedoch ein erster Anfang gemacht.

Wir sehen also, dass wir mehr in den Katastrophenschutz investieren müssen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Es liegt nun an Politik und Verwaltung, aber auch an der freien Wirtschaft und schlussendlich an jedem Einzelnen, sich auf einen plötzlichen eintretenden Ernstfall vorzubereiten.

Zumindest ist es wichtig, dass wir uns für dieses Thema sensibilisieren und auch im privaten Rahmen vorsorgen, um zum Beispiel einen mehrere Tage andauernden Stromausfall gut überstehen.

Zitate

Es liebt der Mensch die Katastrophen,
ist er davon nicht selbst betroffen.

Erhard H. Bellermann

Katastrophen sind oft die besten Katalysatoren für notwendigen Wandel.

Querulix

Es gibt für Unzählige nur ein Heilmittel – die Katastrophe.

Christian Morgenstern

Die Aufgabe der Weisen ist, die Katastrophe vorauszusehen.
Die Aufgabe der Tapferen, die kommende Katastrophe zu bewältigen.

Pittakos von Mytilene/Lesbos

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/behoerden/bbk-ratgeber.html) enthält auch eine Checkliste zur Vorsorge.

Kritische Infrastrukturen im Katastrophenschutz

Ad-hoc-Infrastruktur
Eine Reihe von Infrastrukturkomponenten könnte nach einer Katastrophe mit Hilfe von Technologien schnell wiederhergestellt werden.

Wichtig ist, dass klar ist, wer welche Aufgaben zu erledigen hat.

Kommunikation
Drahtlose Meshnets können schnell eingesetzt werden, um Internetverbindungen zu ermöglichen, ausgefallene Mobilfunknetze zu ersetzen und die Kommunikation in Notfällen und nach Katastrophen zu ermöglichen – auch für die Koordinierung der Katastrophenhilfe und Notrufe.

Strom
Notstromsysteme – wie mobile Mikrogeneratoren, mobile Lade- und Stromversorgungsstationen - sowie Smart Grids können bei Ausfall der normalen Stromversorgung wichtige elektrische Systeme unterstützen oder die Stromversorgung für kleine Regionen wiederherstellen, deren Verbindungen zum Hauptstromnetz unterbrochen wurden.

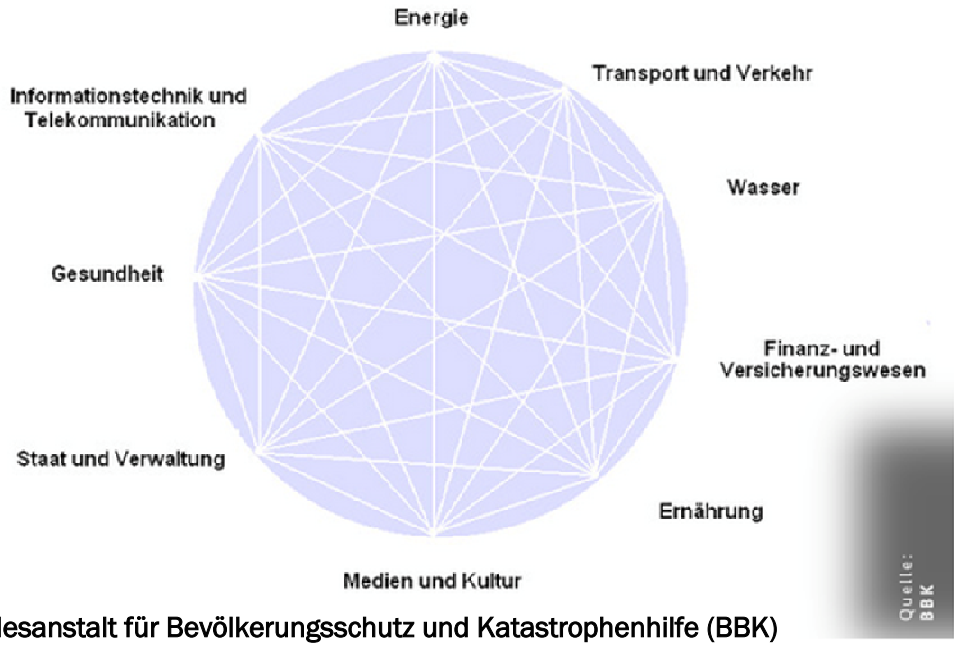
Transport
Die Verkehrsinfrastrukturen können durch eine Katastrophe unpassierbar werden, was die Logistik, Evakuierung und Katastrophenhilfe erschwert. Technologien können es ermöglichen, das Verkehrsnetz ad hoc wiederherzustellen oder Teile davon zu ersetzen. Dazu gehört der schnelle Bau stabiler Brücken mittels mobiler, leichter und/oder lokal beschaffter Materialien oder Komponenten, was in einigen Fällen von Militärs umgesetzt wurde.

Abfallmanagement
Katastrophenabfälle werden häufig ad hoc entsorgt. Die bei einer Katastrophe anfallenden Abfälle können die bestehenden Abfallentsorgungseinrichtungen überfordern und andere Hilfsmaßnahmen beeinträchtigen.

Notunterkünfte
Notunterkünfte werden manchmal als ein Element von Infrastruktur betrachtet. Die vorübergehende Unterbringung von Menschen und Tieren nach Katastrophen kann Teil des Katastrophenschutzes sein.

Wasserversorgung
Die Infrastruktur für Wasserversorgung, Entwässerung und Kanalisation sowie das Funktionieren von Kläranlagen kann durch Katastrophen gestört werden.

Impf-Infrastruktur
Langfristige Katastrophenhilfe sowie die medizinische Infrastruktur in Katastrophengebieten mit erhöhtem Gesundheitsrisiko kann auch die Infrastruktur für Impfungen umfassen.
[Quelle: Wikipedia]



Bundesanstalt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Gegenseitige Abhängigkeiten von Sektoren Kritischer Infrastrukturen

Wir machen Bildung für jeden zugänglich

Wir machen Bildung für jeden zugänglich – unabhängig von Alter und Wohnort

Von der Ausbildung bis zur Rente im gleichen Betrieb? Dieses Arbeitsmodell gehört der Vergangenheit an. 21 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten aktuell nicht in ihrem erlernten Beruf oder haben keinen formalen Bildungsabschluss. Die Digitalisierung wird dafür sorgen, dass sich Berufsfelder und damit auch Erwerbsbiografien zukünftig noch schneller verändern.

Das Erwerbsleben wird flexibler, individueller und dynamischer. Damit diese Entwicklung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Chance statt zur Bedrohung wird, muss Politik die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

Die Möglichkeit zu lernen in jedem Alter muss Element eines modernen Sozialstaates sein.

Keine Bildungsbiografie darf in eine Sackgasse führen.

Ein Schulabbruch oder eine fehlende berufliche oder akademische Ausbildung dürfen niemanden für immer in den Niedriglohnsektor verbannen. Zudem muss es in jedem Alter möglich sein, beruflich noch einmal neu durchzustarten.

Wir wollen und können ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht abschreiben.

Sie bringen große Erfahrung mit. Viele sind heute noch im Alter fit – in den Beinen und vor allem im Kopf. Es lohnt sich also, ihnen ein Angebot zur beruflichen Weiterentwicklung oder Neuorientierung zu machen.

Vielen älteren Menschen fehlt es nicht am Willen, sich beruflich neu zu orientieren, sondern an den finanziellen Möglichkeiten. Das wollen wir als Ampel-Koalition ändern. Mit dem Lebenschancen-BAföG werden wir ein neues Instrument für selbstbestimmte Weiterbildung schaffen.

Da berufliche Weiterentwicklung in Zukunft auch eigenverantwortliche Aufgabe eines jeden Arbeitnehmers sein wird, wollen wir zudem das Bildungssparen fördern und vereinfachen.

Auch Menschen mit geringem Einkommen sollen die Möglichkeit haben, sich durch Weiterbildung vom Niedriglohnsektor zu emanzipieren.

Neben finanziellen Hürden fehlt vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zudem die Zeit, sich fortzubilden.

Nach dem Vorbild unserer österreichischen Nachbarn wollen wir daher eine Bildungs-(teil)zeit einführen. Diese soll es Berufstätigen ermöglichen, einen Berufsabschluss nachzuholen oder sich beruflich weiterzuentwickeln, ohne um den bestehenden Arbeitsplatz bangen zu müssen. Die Bundesagentur für Arbeit soll dieses Modell so unterstützten, dass es für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen attraktiv ist.

Wir müssen vor allem kleine und flexible Bildungsmodule stärken.

Für viele Menschen sind nicht mehrjährige Studiengänge der Weg zum beruflichen Aufstieg, sondern passgenaue Angebote. Universitäten in den USA und Israel bieten kostenlos digitale Seminare an, die von hunderttausenden Menschen genutzt werden. Wir setzen uns für eine Öffnung und Di-

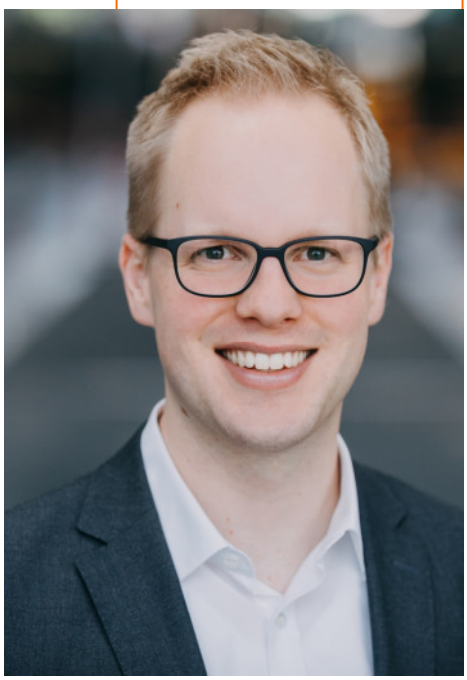
Gastautor:

Dr. Jens Brandenburg (36)

ist Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung.

An der Universität Mannheim hat er Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre studiert und anschließend promoviert.

Bevor er 2017 als Abgeordneter für den Rhein-Neckar-Kreis in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, hat er für eine weltweit tätige Unternehmensberatung gearbeitet.



Zitate

An die Stelle einer Berufswahl tritt mehr und mehr die Notwendigkeit zu nehmen, was es eben gibt. Und darüber noch froh zu sein.

Lange, E.: Berufswahl. München: W. Fink 1978

Ein Beruf hält nicht mehr, wie früher, fürs ganze Leben vor.

Allehoff, W.H.: Berufswahl und berufliche Interessen. Göttingen: Hogrefe 1985

Wir machen Bildung für jeden zugänglich

gitalisierung der Hochschullehre auch in Deutschland ein und werden die Verfügbarkeit zertifizierter Teil- und Zusatzqualifikationen (Micro Degrees) fördern. Diese lassen sich dann schrittweise auch zu größeren Qualifikationen ausbauen.

Selbst wenn Politik finanzielle und zeitliche Hürden abbaut, so besteht immer noch ein Gefälle zwischen Stadt und Land mit Blick auf die Verfügbarkeit von Bildungsangeboten.
Hochschulen und Weiterbildungsanbieter, selbst Berufsschulen, haben ihren Sitz meist in größeren Städten. Gerade ältere Menschen sind jedoch nicht mehr so mobil, dass sie sich für eine Weiterbildungsmaßnahme noch einmal wohnlich neu orientieren würden.

Es gilt daher, bestehende regionale Bildungszentren auszubauen und digitale Angebote flächendeckend verfügbar zu machen.

Volkshochschulen sind ein wichtiges Element der Bildungskette und gerade im ländlichen Raum Leuchttürme für das lebenslange Lernen – auch über das Erwerbsleben hinaus. Als solche wollen wir ihnen mehr Strahlkraft verleihen und in ihre Digitalisierung investieren.

Sie sind zudem oftmals der erste Berührungspunkt mit Weiterbildungsmaßnahmen. Teilnehmer an Volkshochschulkursen sollen in VHS-Kursen Lust aufs Lernen bekommen. Sie ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe und den Zugang zu Bildung in jeder Lebensphase.

Die Verfügbarkeit von digitalen Weiterbildungsangeboten wollen wir auch über die Volkshochschulen hinaus ausbauen. Die Grundlage dafür ist flächendeckende Versorgung mit Glasfaser – bis an jede Milchkanne.

Zudem muss es attraktiv sein, gemeinwohlorientierte Bildungsangebote zu schaffen. Sie dürfen nicht mit einer höheren Umsatzsteuer belastet werden.

Mit diesen Rahmenbedingungen kann ein (digitales) Weiterbildungssystem in ganz Deutschland entstehen. Zertifikatskurs, Theoriekurse der Meisterschule, berufsbegleitende Studien oder neue Fremdsprachen nach dem Renteneinstieg sind dann zukünftig für alle zeit- und ortsunabhängig zugänglich.

Welchen Weg jeder Einzelne einschlägt, bleibt natürlich eine individuelle Entscheidung.
Klar ist aber: Ausgelernt gibt es nicht mehr.

Die Welt ist viel zu spannend und dynamisch, um auf das stetige Weiterlernen zu verzichten. Zugang zu bester Bildung ein Leben lang, das ist unser Anspruch. Wir werden als Zukunftskoalition dafür sorgen, dass diese Vision nicht an politischen Rahmenbedingungen scheitert.

Konzept der durchlässigen Bildungsgrenzen

Stadt versus Land: Windkraft - eine Frage des Stand- (Wohn-) orts?

Laut Umfragen wird die Energiewende in Deutschland von der großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Nach den Plänen der Ampelkoalition soll unser Land bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden und die Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umgestellt sein.

Energiewende

Die Energiewende bedeutet

- den Verzicht auf alle fossilen Energieträger: Erdöl, Kohle und Erdgas
- und die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien:
  Sonnenenergie (Solarthermie, Photovoltaik)
  Windenergie, Bioenergie, (Erdwärme, Wasserkraft, Meeresenergie)
- für alle Sektoren Strom, Wärme und Mobilität.

Es geht um „totale“ Dekarbonisierung und Elektrifizierung.

Die Energiewende ist somit eine Stromwende, Wärmewende, Mobilitäts- / Verkehrswende, Industriewende, Agrarwende, ... kurzum eine „Alleswende“.

Dies bedeutet nicht weniger als die komplette Transformation unserer Art zu leben und zu wirtschaften bis 2045!
Die zivilisatorische Aufbauleistung einer sicheren Energieversorgung mehrerer Generationen soll aufgegeben werden! Die meisten Menschen sind sich der enormen Tragweite dieser Veränderung (noch) nicht bewusst. Die Umsetzung der Energiewende wird ohne staatliche Zwangsmaßnahmen und massive Einschränkungen der Freiheits- und Eigentumsrechte nicht möglich sein.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24.03.2021 (Grundrechte nur noch unter Klimavorbehalt) weist hier den Irrweg.

Es stellt sich die Frage, was aus Rechtsstaat, Demokratie und Bürgerrechten, ... aus Marktwirtschaft, Mobilität und Wohlstand werden soll?

Energiemix

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland wird derzeit zu ca. 86 % von fossilen Energieträgern und Kernenergie gedeckt und nur zu ca. 14 % von erneuerbaren Energien.

Die ca. 30000 Windkraftanlagen steuern gerade einmal 3,0 % und die Photovoltaik 1,3 % bei. Die beiden Energieträger sollen aber in den nächsten 20 Jahren die Hauptstützen unserer Energieversorgung werden.

Die Energiewende hat somit eigentlich noch gar nicht richtig begonnen, viele zehntausend Windkraftanlagen sollen in Zukunft gebaut werden.

Für die erneuerbaren Energien zahlen die deutschen Stromkunden derzeit rund 30 Mrd. Euro / Jahr an EEG-Umlage und Deutschland hat deshalb die höchsten Strompreise in Europa.

Jährlich sind in Deutschland ca. 300000 Haushalte von Stromabschaltungen betroffen, weil sie die Stromrechnungen nicht bezahlen können.

Erneuerbare Energien

Der Begriff „erneuerbare Energien“ ist eigentlich irreführend, denn hier erneuert sich nichts. Vielmehr wird Umgebungsenergie (Sonne, Wind) in elektrische Energie umgewandelt. Es wäre demnach treffender, von Umgebungsenergien zu sprechen.

Windkraft und Photovoltaik haben zwei Nachteile, die ihre Anwendung in einem dicht besiedelten Industrieland fragwürdig erscheinen lassen:

- **Wetterabhängigkeit und fehlende Grundlastfähigkeit**

  Die Stromproduktion hängt vom Wetter ab: Grundlast im klassischen Sinn wird es zukünftig nicht mehr geben. Somit ist eine bedarfsgerechte Energieversorgung in Deutschland ausgeschlossen. An die Stelle soll eine angebotsorientierte (wetterabhängige) Energieversorgung treten.

Gastautor

Michael Haueis

lebt in Lichtenwald (LK Esslingen)

Dipl. Betriebswirt (FH)

Arbeitete in leitenden Funktionen in der Automobilindustrie und als selbstständiger Berater

Einer der Sprecher der Bürgerinitiative „Pro Schurwald“, die sich für den Erhalt des Schurwald als Natur- und Erholungsraum einsetzt.

Mitglied des Gemeinderates seiner Heimatgemeinde

BI „PRO SCHURWALD“
www.pro-schurwald.com

Zitate

Angela Merkel 2004; Oppositionsführerin:
„Auf die Dauer gibt es so viele Profiteure der Windenergie, dass Sie keine Mehrheiten mehr finden, um das noch einzuschränken“.
Angela Merkel, Rede auf der Konferenz der Deutschen Energiewirtschaft am 29.10.2004 in Köln

Vaclav Klaus 2013; ehemaliger Präsident der Tschechischen Republik):
„Was ist eigentlich mehr bedroht, das Klima oder die Freiheit?
„Wir sind Zeugen der Entstehung einer neuen linken Ideologie, die der freien Gesellschaft neue Fesseln anlegt“.

Vortrag am 25.5.2013 im Landtag von Dresden

Sigmar Gabriel 2014; Vizekanzler / Wirtschaftsminister:
„Da passt fast nichts zusammen.“
„Wir stehen knapp vor dem Scheitern der Energiewende.“
„Für die meisten anderen Länder in Europa sind wir sowieso Bekloppte.“
“Die Wahrheit ist, dass wir auf allen Feldern die Komplexität der Energiewende unterschätzt haben.”
Rede am 16. April 2014 bei SMA Solar Technology AG, Kassel und Stuttgarter Zeitung 26.11.2014y

Windkraft unzuverlässig und teuer

Dies bedeutet organisierter Strommangel und Stromrationierung. Bereits heute kommt es zu Lastabwürfen.

Wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht (Dunkelflaute) wird kein Strom produziert. Da (auch zukünftig) keine Stromspeicher in erforderlicher Kapazität zur Verfügung stehen, muss die gesamte Stromleistung aus erneuerbaren Energien durch konventionelle Backup-Kraftwerke abgesichert werden; das bedeutet doppelte Infrastruktur und doppelte Kosten.

- **Energiedichte ist sehr gering und Flächenbedarf sehr groß**

Um ein konventionelles Kraftwerk mit einer Stromproduktion von 5000 GWh/a mengenmäßig zu ersetzen, sind ca. 750 Windkraftanlagen erforderlich. Ein entsprechender Windpark benötigt eine Fläche von 200 km; das Kraftwerk kommt dagegen mit einer Betriebsfläche von 0,2 qkm klar. Auf das Kraftwerk kann trotzdem nicht verzichtet werden, denn es wird als Backup weiterhin benötigt.

Eine moderne Windkraftanlage erzeugt in Baden-Württemberg ca. 7 GWh/a. Dies können auch sechs Dieselmotoren leisten, wetterunabhängig und grundlastfähig, mit niedrigerem Investment und geringerem Ressourcen- und Flächenverbrauch.
Die Auslastung von Windkraftanlagen liegt bei rund 20 %. Bildlich gesprochen bedeutet dies, dass die Anlagen fünf Stunden am Tag laufen und 19 Stunden stehen!

Unsere Energieversorgung wird somit unzuverlässiger und teurer!

Selbst der Bundesrechnungshof warnte: (30.03.2021). „Energiewende gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland“.

Das Wall Street Journal bezeichnete die deutsche Energiewende als „World’s Dumbest Energy Policy“ (19.01.2019).

Von diesen Auswirkungen sind die Menschen in der Stadt und auf dem Land grundsätzlich in gleichem Maße betroffen.

Windkraftanlagen sind Industrieanlagen

Ganz anders sieht es bei den direkten Auswirkungen von Windkraftanlagen auf ihre Umgebung aus. Windkraftanlagen sind Industrieanlagen, sie sind bis zu 250 Meter hoch und ihre Rotoren überstreichen die Fläche von zwei Fußballfeldern. Von ihnen gehen viele Beeinträchtigungen und Nachteile aus!
Sie betreffen fast ausschließlich die Landbevölkerung.

- Windkraftanlagen verschandeln Landschaften, stören Horizonte. Aus Naturlandschaften werden Energielandschaften oder treffender: Windindustriezonen. Windkraftanlagen haben eine dominante und bedrängende Wirkung und erzeugen eine ständige Unruhe und Lärm. Viele Landschaften in den nördlichen und östlichen Bundesländern dienen als abschreckende Beispiele.

Bald wird es auch in Süddeutschland so aussehen.

Windkraftanlagen bei Paderborn-Dahl

Windkraftanlagen sind Industrieanlagen

Gemeinde Struth (Thüringen)

- Windkraftanlagen töten geschützte Vögel und Fledermäuse

  Jährlich verenden in Deutschland ca. 100000 Vögel und ca. 250000 Fledermäuse durch Windkraftanlagen.

- Windkraftanlagen erzeugen Lärm und Infraschall

  Lärm und Infraschall von Windkraftanlagen sind ernste Umweltbelastungen. Dabei ist nicht unbedingt die absolute Lautstärke das Problem, sondern die Dauerhaftigkeit und Charakteristik des Schalls.

  Wenn der Flügel am Turm der Anlage vorbeizieht, entsteht ein Impuls, der sich im hörbaren Bereich als „Wusch“ bemerkbar macht. Wie auf Dauer ein leise vor sich hin tropfender Wasserhahn zur Foltermethode (in autoritären Staaten) werden kann, verhält es sich auch hier.

  Infraschall steht im Verdacht, schwere Gesundheitsschäden auszulösen.

- Windkraftanlagen erzeugen Schattenschlag; nachts stört die Befeuerung. Der Schattenschlag kann bei modernen Windkraftanlagen bis zu einer Entfernung von 1400 Meter reichen; er erzeugt Stress und macht krank. Nächtliche Befeuerung belästigt Anwohner.

- Windkraftanlagen verringern Lebens- und Wohnqualität.

  Durch die vielfältigen Nachteile und Beeinträchtigungen von Windkraftanlagen sinkt die Lebens- und Wohnqualität der Anwohner.

  Dies führt zur Verringerung von Immobilienwerten und gefährdet somit die Eigenheimfinanzierung junger Familien und die Altersvorsorge vieler Menschen.

Deutschland ist zu klein für Windkraft

Endenergieverbrauch in Deutschland liegt bei ca. 2600 TWh/a

Um den Energieverbrauch Deutschlands (mengenmäßig) zu decken, wären 390000 Windkraftanlagen erforderlich

Deutschland hat eine Fläche von 357400 km^2; demnach müsste (rechnerisch) auf jedem km^2 eine Windkraftanlage stehen!

Zitate

Winfried Kretschmann 2017
„Anhören heißt nicht erhören."
taz 15.7.2017

Peter Sloterdijk 2013; Philosoph und Kulturwissenschaftler:
„Sprechverbote und Tabus bestimmen den öffentlichen Diskurs."

„Auch wer den menschengemachten Klimawandel infragestellt, findet kaum Fürsprecher. ‚Solche Menschen haben kein Verantwortungsgefühl für die Zukunft unserer Kinder', heißt das Totschlagargument".

Focus Money
30.1.2013

Ministerpräsident Kretschmann mit Windkraftgegnern

Akzeptanz für die Windkraft erhöhen?

Die Politik versucht, die Akzeptanz der Windkraft bei der Landbevölkerung durch verschiedene Maßnahmen zu erhöhen. Diese sind jedoch alle zweifelhaft!

So sollen sich Anwohner an Windkraftprojekten finanziell beteiligen können und so „mitverdienen". Dies ist absurd, denn die Anwohner würden so die Zerstörung ihres Wohnumfeldes sogar noch mitfinanzieren! Und da viele Windkraftprojekte defizitär sind, gibt es oft auch nichts zu verdienen.

Ferner sollen Windkraftbetreiber eine Abgabe an die Standortkommunen leisten. Da das Geld bei der Gemeindeverwaltung landet, nützt es den Anwohnern nichts, vielmehr wird die Einwohnerschaft gespalten. Diese Abgaben haben in ihrer Höhe zudem oft nur Symbolcharakter. Da die Windkraftanlagen oft an Gemeindegrenzen aufgestellt werden, entstehen zusätzliche Konflikte zwischen Kommunen.

Wie wenig Rücksicht die Politik auf die Anwohner nimmt, zeigt sich daran, dass Widerspruchsrechte der Bürger immer weiter eingeschränkt und Abstandsregelungen verweigert werden. Die Bedenken der Anwohner werden lächerlich gemacht und als egoistische NIMBYS (not in my backyard) verunglimpft.

Die finanzstarke Windkraftlobby versucht hingegen, dem Windkraftausbau eine moralische Mission zur Rettung des Planeten zu geben und die Zerstörung der Landschaft als „natürliche" Weiterentwicklung unserer Kulturlandschaft darzustellen. Dabei geht es nur ums Geschäft mit Subventionen!

Der Windkraftausbau wird bei der Landbevölkerung ohne Zweifel zu einem Gefühl der Ohnmacht und steigendem Frust führen. Die Akzeptanz von Politik und Staat sowie das Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat werden sinken.

Stadt und Land

Die Energiewende macht unsere Energieversorgung unzuverlässiger und teurer. Dies betrifft alle Bürger unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

Der Ausbau von Windkraft und Flächenphotovoltaik führen zu einer dramatischen Veränderung unserer Landschaft. Hiervon wird in erster Linie die Landbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Die Stadtbevölkerung bekommt dies allenfalls als Wochenendausflügler mit.

Da die Stadtbevölkerung nicht direkt betroffen ist, sehen diese Menschen keine Notwendigkeit, sich intensiv mit diesem Ausbau und seinen Auswirkungen auseinanderzusetzen.

So fehlt oft das Verständnis für die Kritik an Windkraft und Flächenphotovoltaik.

Wir sollten alles daransetzen, dass einzelne Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden und allen Spaltungsversuchen entgegenwirken. Hierzu bedarf es Respekts für die Belange und Sorgen der Betroffenen.

Ein verbindlicher Mindestabstand zur Wohnbebauung sollte selbstverständlich sein.

Der Anteil von Deutschland am globalen CO_2-Ausstoß liegt bei 2 % mit sinkender Tendenz. Selbst wenn wir heute unseren CO_2-Ausstoß komplett stoppen würden, hat dies keinen Einfluss auf das Weltklima. Wir werden den Planeten nicht retten. Auch als Vorbild für andere Länder taugt die deutsche Energiewende nicht, bisher folgt uns niemand.

Vor diesem Hintergrund bleibt die Grundsatzfrage, ob wir den eingeschlagenen Weg der „World's Dumbest Energy Policy" (Wall Street Journal) fortsetzen und unseren Wirtschaftsstandort (Bundesrechnungshof), sowie Rechtsstaat, Demokratie, Bürgerrechte, Marktwirtschaft, Mobilität und unseren Wohlstand gefährden möchten.

Stadt und Land sitzen in einem Boot und am Ende gemeinsam im Dunkeln!

Kurz und Interessant

Neue Zürcher Zeitung

Pressestimmen

FOCUS

Die Wahl in Ungarn 2022 wurde auf dem Land gewonnen

„Das heterogene Bündnis von sechs Oppositionsparteien, die Positionen von ganz links bis rechts vertraten, war schlicht nicht überzeugend." ...

„Zwar schafften es die Orban-Gegner, ihre Einigkeit bis zum Wahltag aufrechtzuerhalten, doch die wochenlangen Diskussionen über ein gemeinsames Programm und die kaum kaschierten Irritationen über den erratischen Spitzenkandidaten waren zu wenig, um Wechselstimmung aufkommen zu lassen."

„Als Resultat blieb sogar in der urbanen Hochburg Budapest nur ein relativ knapper Sieg."

„Orban hingegen, der geschickte Populist mit dem feinen Näschen für die Stimmung in der Bevölkerung, brachte seine Wähler an die Urnen, vor allem auf dem Land: Der Fidesz profitierte überproportional von einer Wahlbeteiligung, die mindestens gleich hoch war wie 2018 und möglicherweise einen neuen Rekord erreicht."

NZZ 4.4.2022

In der Presse werden auch die Gründe analysiert:

Politisch habe er gesiegt, weil er keine Mühe scheute, seine Partei auf dem Land, in den Dörfern zu verwurzeln. Keine Partei habe das vor ihm auch nur versucht. Die Opposition dagegen ist städtisch. Die Regierungspartei Fidesz ist fest verankert auf dem Land, nicht nur in den Kleinstädten, sondern bis ins letzte Dorf hinein – wo die Menschen vor Orbán oft gar nicht wählen gingen. Sie stimmen auch deswegen für Fidesz, weil deren Politik die Einkommensschere zwischen Stadt und Land gezielt verringert hat. Die Menschen würden spüren, dass es ihnen besser geht.

Márki-Zays Wahlkampfteam arbeitete mit amerikanischen Beratern, die gesamte Kampagne der Opposition war ganz auf diese Linie ausgerichtet:

Die im Westen machen es besser, lasst uns werden wie sie. Einer der offiziellen Slogans war: „Wählt Europa!". „Vorwärts Ungarn" wählte im Gegensatz dazu Orbán. Offensichtlich gefiel das den Ungarn im ländlichen Raum besser. Manche meinen: Es war einer der größten Fehler der Opposition, überhaupt im Ausland und vor allem im realitätsfernen Brüssel Hilfe zu suchen.

Überparteiliche Zusammenarbeit

Wir haben beschlossen, die gute Kooperation, die zwischen den Landesvorsitzenden der Seniorenorganisationen der CDU (Dr. Wolfgang von Stetten) und der FDP (Dr. Wolfgang Allehoff) bestanden, fortzuführen.

Auf Initiative des Nachfolgers von Wolfgang von Stetten, Rainer Wieland, MdEP, wollen wir das Modell ausweiten auf die Parteien des Verfassungsbogens.

Ziel ist dabei, Projekte, die von LSR und BAGSO nicht mit Priorität verfolgt werden, voranzutreiben.

Aktuelle Mitglieder dieses Seniorenclubs sind die Landesvorsitzenden:

- Rainer Wieland MdEP/Senioren-Union
- Dr. Wolfgang Allehoff LSI
- Uwe Petersen Grüne Alte
- Rainer Arnold SPD 60 plus

Zwei Projekte haben Priorität:

•Auf dem Ersten Landesjugendkongress im Oktober 2021 wurde die in der Presse positiv bewertete Forderung gestellt, das aktive und passiven Wahlalter in einem ersten Schritt auf 16 Jahre abzusenken, bei gleichzeitigem Ausschluss der Älteren über 80 Jahre.

In einem zweiten Schritt soll das Wahlrecht ab zwölf Jahren eingeführt werden. Die oben genannten Organisationen lehnen das ab.

•Das zweite Projekt betrifft die Mobilität der Älteren.

Anlass zu breiter Diskussion war der Vorschlag des baden-württembergischen Verkehrsministers, Ältere ab 65 sollten ihren Führerschein freiwillig abgeben und nur noch mit dem ÖPNV fahren.

Ab dem 1. Dezember 2021 ist es Senioren möglich, ihre Fahrerlaubnis gegen ein einmaliges Jahresabo in ihrem Verkehrsverbund, zu tauschen. Dass dieser Feld-Test scheitern muss, ist eigentlich klar. Wenn überhaupt, kann die Idee nur in urbanen Ballungsgebieten funktionieren. Im ländlichen Raum kommt es nicht darauf an, ob Busse und Bahnen überhaupt fahren, sondern wie oft am Tag.

Für Senioren bedeutet das eigene Auto - speziell auf dem Land - die Erhaltung von Eigenständigkeit, Freiheit und Flexibilität. Fahrtüchtigkeit kann man auch nicht am Alter festmachen, es gibt topfitte Ältere und solche, die eingeschränkt sind. Die meisten sehen ihre Fähigkeiten aber durchaus selbstkritisch.

Redaktionsteam / Themen / Termine

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI,

mit unseren Themen sind wir auf der Höhe der Zeit:

- Fokus auf **gesundheitsstärkende Faktoren**
- Fokus auf **Sicherheit und Prävention**
- Fokus auf architektonische **Wohnkonzepte, die nicht erst im Alter beginnen**
- Fokus auf **Lernkonzepte, die lebenslang gelten**
- Fokus auf **generationenübergreifende Lösungsansätze**
- Fokus auf **bürgerschaftliches Engagement**

Ihr Redaktionsteam

Redaktionsteam;

Dr. Wolfgang Allehoff (WHA)
Heidemarie Skudelny (SKY)
Dr. Kurt Sütterlin (KS)
Günther Hammer (GRH)
Klaus Kastner (KK)

Autoren dieser Ausgabe:
Wolfgang Baumbast (WB)

Gastbeiträge
Carolin Holzmüller (CH)
Dr. Jens Brandenburg MdB (JB)
Michael Haueis (MH)

Nächste LSI-Aktuell-Themen

1. **Gesund und Fit im Alter**
2. **Lebenslanges Lernen aus LSI-Sicht**

Aufruf zur Mitarbeit:

Unser LSI-Aktuell kann nur so informativ sein, wie Sie — unsere Leser — aktiv an der Gestaltung mitarbeiten.
Bitte senden Sie Ihre Zuschriften an unsere zentrale E-Mail-Adresse

info@liberale-senioren-bw.de

Terminankündigungen:

- 6. Mai 2022
  Firmenbesichtigung Geflügelhof Heitlinger
- 4. Juni 2022
  Liberaler Landesseniorentag
- 21. - 23. Juni 2022
  Besuch des Europaparlaments Brüssel

Informieren Sie sich auch auf unserer Homepage.

Liberale Senioren Initiative Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart

info@liberale-senioren-bw.de

Inhalt

Macht Stadtluft noch frei? (WHA)	Seite 1
American Dream and the Anywheres (WHA)	Seite 2/3
Stadt-Land-Debatte in der Schweiz (WHA)	Seite 4/5
Neue Sprache - Neues Denken? Gendern? (SKY)	Seite 6/7
Ländlicher Raum versus urbaner Speckgürtel (CH)	Seite 8/9
Urbaner und ländlicher Katastrophenschutz (WB)	Seite 10/12
Wir machen Bildung für jeden zugänglich (JB)	Seite 13/14
Windkraft eine Frage des (Wohn-)Standorts (MH)	Seite 15/18
Pressestimmen zur Stadt-Land-Debatte	Seite 19
Überparteiliche Zusammenarbeit	Seite 19
Terminankündigungen	Seite 20